

II-10773 der Frage zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5242 13

1993-07-15

ANFRAGE

der Abgeordneten Christine Heindl, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Menschenrechte im Iran

Aus dem Iran treffen bestürzende Berichte über eine neue Welle offizieller Unterdrückung von iranischen Frauen ein, die von zunehmenden willkürlichen Verhaftungen, Mißhandlungen und grausamen Bestrafungen von Frauen sprechen. Schon bisher waren die iranischen Frauen ihrer grundlegendsten Rechte beraubt. Nach Angaben der regierungstreuen Presse wurden seit August 1991 mehr als 113.000 Personen wegen "Propagierung der Sittenlosigkeit und Verstoß gegen die Schleierpflicht" festgenommen. Wirkungsvolle Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zum Schutz der Frauen im Iran sind dringlich erforderlich.

Das Europäische Parlament hat am 17. September 1992 in einer Entschließung die eklatanten Menschenrechtsverletzungen und insbesondere die Unterdrückung der Frauen im Iran verurteilt und aufgerufen, das iranische Volk in seinem Kampf für Frieden und Demokratie zu unterstützen.

Der von den GRÜNEN initiierte parlamentarische Entschließungsantrag wurde von den Abgeordneten der Regierungsparteien - nach Rücksprache mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten - nicht unterstützt, da es "noch viel mehr Länder mit Menschenrechtsverletzungen" gäbe und man/frau nicht nur für ein Land tätig werden dürften.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler

ANFRAGE

1. Auf welche Länder müßte - ihrer politischen Erfahrung nach - eine Verurteilung der Menschenrechte durch das österreichische Parlament und die österreichische Regierung ausgedehnt werden?
2. In welchen dieser Länder ist insbesondere die Situation der Frauen von hervorstechender Brisanz?

3. Werden Sie dem Antrag der GRÜNEN nachkommen und von Österreich aus alle Schritte einleiten, damit die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Menschenrechtsverletzungen im Iran und insbesondere die Unterdrückung der iranischen Frauen klar und eindeutig verurteilt?
4. Wenn ja, mit welchen konkreten Schritten und nach welchem Terminplan werden Sie vorgehen?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Werden Sie ihre Maßnahmen zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen durch die Vereinten Nationen auch auf andere Länder ausweiten?
7. Wenn ja, auf welche und warum?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Sind Sie bereit - wie auch im Antrag der GRÜNEN formuliert - unverzüglich auch bilateral bei der iranischen Regierung gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran und insbesondere die Unterdrückung der iranischen Frauen zu protestieren und wirksame wirtschaftliche, politische und kulturelle Maßnahmen für den Fall weiterer Menschenrechtsverletzungen anzudrohen?
10. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind von ihnen geplant?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Wie bewerten Sie die Auswirkungen für die unterdrückten Menschen, vorrangig Frauen, im Iran, daß eine wichtige Unterstützung aus dem Ausland wegen der parlamentarischen Sommerpause lediglich mit einer zeitlichen Verzögerung von zumindest 2-3 Monaten erfolgen kann?
13. Wie bewerten Sie die Auswirkungen auf die "internationale Reputation" Österreichs, daß mit 17. Dezember 1992 eine Entschließung des österreichischen Parlamentes zur besonderen Unterstützung und Aufnahme von vergewaltigten Frauen und Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien einstimmig verabschiedet wurde, die zuständigen Bundesminister für Arbeit und Soziales sowie für Inneres jedoch in ihren Erlässen und Weisungen die entsprechende Umsetzung verweigern bzw. verhindern?